



Regensburger Flüchtlingsforum  
c/o Marion Puhle

Oberbürgermeister  
Hans Schaidinger  
Rathausplatz 1

93047 Regensburg

Offener Brief : „Weltoffenheit und Menschenrechte“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schaidinger,

das Prädikat „Weltkulturerbe Regensburg“ hat einen Makel, der verschwinden muss.

Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen Zuflucht in Deutschland suchen und berechnete Hoffnung in unsere Demokratie setzen, müssen sich durch den Behördenbeschuldungen schlagen, ohne der deutschen Sprache mächtig zu sein.

Bisher ist es nämlich den Flüchtlingen verwehrt, sich mit Beginn ihres Aufenthaltes im Bundesgebiet, Deutschkenntnisse anzueignen.

AsylbewerberInnen haben erst dann ein Recht auf Deutsch- u. Integrationskurse, wenn sie einen positiven Bescheid und damit einen verfestigten Aufenthaltsstatus erhalten.

AsylbewerberInnen, so die Maxime des Freistaates Bayern und somit auch der Regierung der Oberpfalz, sind nicht Zielgruppe der Integration“. (Zitat: Regierung Oberpfalz)

**Dagegen wehren wir uns.**

Um einigermaßen in einem fremden Land zurecht zu kommen, sind Sprachkenntnisse das non plus ultra. Die wenigen Rechte, die Flüchtlinge in Deutschland haben, können aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht adäquat genutzt werden.

**1.) Sprachliche Defizite verhindern den Abschluss eines Arbeitsvertrages. So fordern Firmen zu Recht, ausreichende Deutschkenntnisse. Deutschkenntnisse sind unabdingbare**

Voraussetzungen, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und für den eigenen Lebensunterhalt aufkommen zu können.

2.) Eltern, deren Kinder zur Schule gehen, können ihre Kinder nicht in dem Maße unterstützen, wie es von Eltern deutscher Familien eingefordert wird. Förderung bildungssprachlicher Deutschkenntnisse von Kindern u. Jugendlichen im Kontext mit ihren Eltern ist ein wichtiger Baustein und muss allen Menschen, die in Deutschland leben zustehen.

3.) Sprachliche Barrieren führen auch in der Ausländerbehörde in Regensburg zu Missverständnissen, die für die betreffenden Personen weitreichende Folgen haben. Wir stellen immer wieder fest, dass AsylbewerberInnen bzw. geduldete Flüchtlinge nicht ausreichend aufgeklärt werden. So werden Menschen dazu angehalten, Niederschriften, Sicherheitsfragebögen oder Anträge auszufüllen und oder zu unterschreiben, obwohl sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

#### **Zu den Problemen in der Ausländerbehörde möchten wir Ihnen 4 Beispiele nennen:**

1.) Ein geduldeter Flüchtling quittiert mit Unterschrift den Erhalt wichtiger Dokumente, was er unterschrieben hatte, konnte er nicht lesen.

2.) Personen, die bereits über einen verfestigten Aufenthaltsstatus verfügen, müssen bei Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung einen Sicherheitsfragebogen ausfüllen. Dieser wird ihnen zwar zusätzlich in ihrer Landessprache ausgehändigt, jedoch müssen sie den deutschen Fragenbogen ausfüllen. Dies führt immer wieder zu Irritationen und falschen Angaben, zumal die Betroffenen mit der Antrags- und Formularflut von vornherein überfordert sind.

3.) Auf Vorlage seiner Dokumente im Original und deutscher Übersetzung will die Ausländerbehörde wissen, ob er die Originale schon bei der Einreise mitgeführt hat oder sich die Originaldokumente später hat nachschicken lassen. Diese Frage versteht der Iraker aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht und kann sie demnach nicht beantworten. Er muss deshalb eigenständig für einen Dolmetscher sorgen, damit der Verwaltungsakt abgeschlossen werden kann.

4.) Ein kurdischer Türke beantragt bei der Ausländerbehörde seine Einbürgerung und muss dazu einen Sicherheitsfragebogen ausfüllen. Dieser Fragebogen beinhaltet irreführende Fragen zur „verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK“. Nur mit Unterstützung des Regensburger Flüchtlingsforums konnten die Fragen beantwortet werden, ohne dem Antragsteller zum Nachteil zu gereichen. Es wäre die Pflicht und Schuldigkeit der Ausländerbehörde, dem Antragsteller Hilfestellung zum Verständnis zu leisten.

Beispiele wie diese sind in der Ausländerbehörde an der Tagesordnung.

Das Vorenthalten von Sprachkursen für AsylbewerberInnen und geduldete Flüchtlinge, trägt maßgeblich dazu bei, die Rechte der Flüchtlinge einzuschränken und ihnen damit das Leben in Deutschland zu erschweren.

Herr Oberbürgermeister Schaidinger, wir bitten Sie, sich für folgende Forderungen einzusetzen.

- **Förderung (oder Anbieten) von Deutschkursen**
- **Einsatz von DolmetscherInnen**
- **Verstärkte Aufklärung über Rechte und Pflichten in der Ausländerbehörde**
- **Ermessensspielräume nutzen im Interesse der Flüchtlinge, insbesondere bei Duldungsverlängerung und der Erteilung einer Arbeitserlaubnis**
- **Keine Unterzeichnung von Schriftstücken ohne ausreichende Erläuterungen**
- **Keine Gebühr bei Erteilung einer Reiseerlaubnis**
- **Respektvoller Umgang mit den Flüchtlingen und Verständnis für ihre Probleme**

Wir sind Alle stolz auf die „weltoffene“ Stadt Regensburg, erwarten aber politische Maßnahmen, die den Umgang mit Flüchtlingen und die Arbeit der Ausländerbehörde mit dem „Geist“ des Weltkulturerbes in Einklang bringen.

Mit freundlichen Grüßen  
Regensburger Flüchtlingsforum

Marion Puhle

Unterstützt wird die „Aktion Ausländerbehörde“ von der BürgerInnen-Initiative Asyl Regensburg.